

## **Offener Brief**

An die Fraktionen  
im Rat der Stadt Soest und  
im Rat der Gemeinde Bad Sassendorf

### **Umsteigen ist noch möglich**

Die Stadt Soest und die Gemeinde Bad Sassendorf haben sich auf den Weg gemacht eine gemeinsame Sekundarschule aufzubauen, wenn denn eine ausreichende Schülerzahl dafür angemeldet werden sollte, was mit einiger Gewissheit zu erwarten ist.

Damit haben die beiden Kommunen den drittbesten Weg zur Weiterentwicklung der Schullandschaft gewählt.

Der bessere Weg hätte darin bestanden die Errichtung einer gemeinsamen Gesamtschule der beiden Kommunen anzugehen.

Damit hätte Bad Sassendorf zum ersten Mal in seiner Geschichte eine gemeindeeigene Schule zur Verfügung, an der die Kinder der Gemeinde das Abitur ablegen könnten, wobei in Sassendorf eine Dependance dieser Gesamtschule im Gebäude der bisherigen Hauptschule eingerichtet werden könnte.

Zusätzlich hätte die Gemeinde Bad Sassendorf die Chance aus den bisherigen Schulen (Grund- und Hauptschule) eine „Gemeindeschule“ für das 1. – 10. Schuljahr einzurichten, wie es bereits als Vorschlag für die Gemeinde Bad Sassendorf diskutiert wurde, als es noch um die Errichtung von Gemeinschaftsschulen ging.<sup>1</sup> Die Attraktivität einer solchen Schule läge sicher auch für Eltern, die bisher Ihre Kinder auf ein Gymnasium oder eine Realschule in Soest schickten, darin, dass die Schülerinnen und Schüler der Gemeinde Bad Sassendorf zunächst von der 1. bis 10. Klasse in einer Schule wohnortnah unterrichtet würden und danach die gesamtschuleigene (also auch gemeindeeigene) Oberstufe besuchen könnten.<sup>2</sup> Aber auch die Eltern, denen in Soest Jahr für Jahr ihr Recht verweigert wird, ihr Kind auf eine integrative Schule schicken zu können, hätten dann die Gewissheit, dass ihr Kind an einer zweiten Soester Gesamtschule angenommen werden könnte.

Der Fragebogen an die Eltern der Schülerinnen und Schüler der dritten und vierten Grundschulklassen ist nach den Vorgaben des Ministeriums für Schule und Weiterbildung so zu gestalten, dass auch die gewünschte Anmeldung an einer Gesamtschule abzufragen ist.

---

<sup>1</sup> Als Beispiel für die Realisierung einer solchen Schule kann die Weiterentwicklung der Cornelia-Funke-Grundschule (CFS) und der Dependance der Kurt-Tucholsky-Gesamtschule (KTG) in Minden-Dankersen zur „Stadtteilschule rechts der Weser“ (Sekundarschule der Primarstufe und der Sekundarstufe I) dienen. Eine Fachtagung der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule NRW (GGG NRW) in Kooperation mit dem Grundschulverband (GSV NRW) zum Thema „Neue Wege für Schulen in NRW – Zusammenschluss von Grundschulen und Sekundarschulen“ findet am 6.3.2012 in der KTG Minden Standort Dankersen, Olafstr. 5, 32423 Minden statt. Die Schulverwaltungsämter der beiden Kommunen Soest und Bad Sassendorf könnten gewiss gewinnbringend an dieser Fachtagung teilnehmen.

<sup>2</sup> Durch Artikel 2 des 6. Schulrechtsänderungsgesetzes wird festgelegt:  
„Das Ministerium kann auf Antrag des Schulträgers und nach Anhörung der betroffenen Schulen an bis zu 15 Schulen beginnend mit dem Schuljahr 2013/2014 oder dem Schuljahr 2014/2015 für einen Zeitraum von zehn Schuljahren und danach jahrgangsstufenweise auslaufend erproben, ob durch den Zusammenschluss mit einer Grundschule zu einer Schule die Chancengerechtigkeit und die Leistungsfähigkeit des Schulwesens erhöht werden und die Schülerinnen und Schüler dadurch zu besseren Abschlüssen geführt werden können. Außerdem soll hierbei erprobt werden, wie im Hinblick auf die demografische Entwicklung und die sich wandelnde Abschlussorientierung der Eltern weiterhin ein wohnortnahes Schulangebot ermöglicht werden kann. Die Anerkennung der Abschlüsse in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland muss gesichert sein.“

Von daher besteht auch jetzt noch die Möglichkeit abweichend von der bisherigen Planung eine günstigere Entwicklung für die Schullandschaft in Bad Sassendorf und Soest zu erreichen - eine günstigere Entwicklung, die auch gesellschaftlich sinnvoller wäre, denn mit integrierten Schulen werden vermehrt höhere Schulabschlüsse erzielt, die in Zukunft und eigentlich auch schon jetzt benötigt werden. So haben Gesamtschulen im Jahr 2009 zu über 70% ihrer Abiturientinnen und Abiturienten zum Zentralabitur geführt, die keine Grundschulempfehlung für das Gymnasium erhalten hatten.

Die Befürchtung, dass mit den neuen gymnasialen Oberstufen von Gesamtschulen ein Überangebot an Abiturientinnen und Abiturienten geschaffen werde, trifft nicht zu, weist doch der OECD-Vergleich der Bildungsbeteiligung für Deutschland einen deutlichen Nachholbedarf aus: Erreichen in Deutschland 39 % der Jugendlichen in den allgemeinbildenden Schulen die Berechtigung zum Hochschulbesuch, sind es im OECD-Durchschnitt 61 % und im Durchschnitt der EU-Länder 62 % (Quelle: Bildung auf einen Blick 2011 - OECD-Indikatoren S. 66).

Mit freundlichen Grüßen



(Paul Georg Lisztewink,  
bildungspolitischer Sprecher  
der Fraktion DIE LINKE  
im Rat der Stadt Soest)